



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Notenwechsel zwischen Oestreich und Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von den Nebeln des Zweifels umhüllt und erkaltet, große Aussichten nach allen Seiten ohne sichere Perspective — diese Welt der Romantik ist die verkehrte, und die Kunst, die sie schafft, eine Kupplerin für das Reich des Bösen.

Der Notenwechsel zwischen Oestreich und Preußen.

Wenn man die neueste Thätigkeit unserer Diplomatie nach ihrem stilistischen Werth beurtheilt, so kann man ihr seinen Beifall nicht versagen. Fortdauernde Uebung erzieht. Die beiden letzten Noten Oestreichs über die Frage vom Bundeseigenthum und die Mainzer Affaire waren, von ihrem Standpunkt aus, sehr gut geschrieben und voll allerliebster Malice. In der letzten vom 25. August ist ihm das Berliner Cabinet nichts schuldig geblieben. Von beiden Seiten kann die wissenschaftliche Untersuchung über die Frage, ob man zum Bundestag zurückkehren solle oder nicht, nicht füglich weiter getrieben werden; die Gründe sind erschöpft und, so zu sagen, auch die Lungen. Neue Variationen über dasselbe Thema würden kein Publicum mehr finden. Um so überflüssiger ist es, noch einmal darauf zurückzukommen, da es doch auf beiden Seiten nicht Ernst ist mit den Rechtsdeductionen. Von beiden Seiten wird man das für Recht erkennen, was Vortheil bringt. Viel wichtiger, aber freilich auch viel schwerer ist es, aus diesen künstlichen Wortgefechten herauszulesen, was man eigentlich, nicht zu beweisen, sondern zu thun im Sinne hat.

Dem Anschein nach ist Oestreich der positiv thätige Theil. Es beruft den Bundestag, stellt denselben als Träger der Rechte des alten Bundestags dar und bedroht die Reutenten mit den rechtlichen Folgen ihres Ausbleibens. Es fragt sich, was es sich darunter vorstellt. Eine Execution gegen Preußen selbst ist wohl Niemand eingefallen; wohl aber könnte man an ein vorläufiges Ausschließen Preußens vom Bundeseigenthum und an eine Intervention gegen die Ausführung der badischen Militärconvention denken. Aber auch diese Annahme ist sehr unwahrscheinlich. In beiden Fragen ist eine vorläufige Ausgleichung in Aussicht gestellt: in der ersten durch eine neue provisorische Bundescommission, in der zweiten durch ein Schiedsgericht, das nie zu Stande kommen kann, weil die Vertreter der beiden, direct entgegenstehenden Interessen innerhalb der deutschen Fürsten keinen finden werden, dem man als einem Unbetheiligten die Vermittlung antragen könnte, und weil man sich doch besinnen wird, eine fremde Macht zum Richter in deutschen Sachen aufzurufen. So lange das Schiedsgericht nicht zu Stande kommt, bleibt also die Sache in suspenso. Womit Oesterreich mittlerweile seinen Bundestag beschäftigen will, ist nicht abzusehen. An eine Revision der Bundesverfassung, die eigentliche Aufgabe seiner Einberufung, wenn man seinen Urheber

trauen wollte, ist nicht zu denken, denn zu einer solchen Vereinbarung gehört nach dem Bundesrecht Einstimmigkeit. Es scheint also, daß der von dem dänischen Bundestagsgesandten bereits eingebrachte Antrag: den Frieden mit Dänemark zu ratificiren, die Hauptsache ist. Aber auch darin ist nicht viel zu erwarten. Von mehreren der in Frankfurt vertretenen Regierungen, namentlich von Sachsen, ist bereits sehr bestimmt erklärt worden, daß sie an eine unbedingte Ratification nicht denken. Den Frieden aber zu modificiren, ohne daß Preußen sich an den Beratungen theilnimmt, der Gedanke ist zu lächerlich, um auch nur einen Augenblick dabei zu verweilen.

So verliert sich das scheinbar Positive in der Thätigkeit Oestreichs völlig in's Unbestimmte und Rebelhafte, und es bleibt als Hauptzweck der Frankfurter Versammlung nur das negative Bestreben übrig, Preußen im Weitergehen in dem von ihm eingeschlagenen Wege so viel als möglich aufzuhalten. Auch sagt die Note vom 14. August, welche die Einladung zum Bundestage begleitete, nichts Bestimmtes darüber; sie ist pathetisch, verweist Preußen auf das strenge Urtheil der Geschichte, sucht es zu rühren u. s. w., aber sie spricht keine Drohung aus, sie erklärt nicht, welche Folgen die Reuizenz haben sollte.

Wenn sie zum Schluß erklärt: „Die königliche Regierung wolle mit sich ernstlich zu Rathe gehen. Noch liegt die freie Wahl in ihrer Hand, denn noch hat sie ihr letztes Wort nicht gesprochen,“ — so liegt darin indirect die Annahme, die Erwiderung Preußens werde dieses letzte Wort enthalten. Es ist das nun erfolgt, und enthält ein sehr unumwundenes Nein! Ein so bestimmtes Nein, daß man, namentlich bei der augenblicklichen Veröffentlichung desselben in dem Fürstencollegium und in den officiellen Blättern nicht länger daran zweifeln kann, daß wenigstens für jetzt das Berliner Cabinet den ernstlichen, entschiedenen Willen hat, auf demselben zu bestehen.

Aber positiv hat es seinen Willen so wenig formulirt, als die kaiserliche Regierung. Es heißt zum Schluß der Denkschrift: „Jede Bundesregierung hat das Recht, an die übrigen den Antrag zu richten, sich darüber zu erklären, ob sie in die Wiederherstellung (des Bundestags) willigen wolle. Keine aber hat das Recht, eine Bundesversammlung auszuschreiben; und wenn dies geschehen, und wenn es mehr sein sollte als der Versuch, die Meinung der Bundesgenossen über ihre Zustimmung oder Verweigerung zu erforschen, wenn der unberechtigten Ausschreibung die Anwendung von erloschenen Zwangsmaßregeln folgen sollte: so würde dies, so fern auch die Voraussetzung liegt, ein Bruch des Bundesrechts sein, welcher dieses selbst in seinem ganzen Umfange in Frage stellen müßte.“

Was ist dieser ganze Umfang des bestehenden Bundesrechts? — Oestreich hat es in einer seiner letzten Noten sehr elegant und witzig festgestellt: das Bundeseigenthum, die Festungen, die Flotte, das Archiv u. s. w. Es hat ganz richtig bemerkt, daß eine Auflösung des Bundes in Beziehung auf dieses Eigen-

thum keinen andern Sinn haben könnte, als Theilung desselben unter die Bundesgenossen; es hat aber, ebenfalls wichtig, hinzugesetzt, es halte um so fester an diesem Eigenthum, da es fast das einzige Band sei, das es noch mit Preußen verknüpfe. In der That ist nicht wohl abzusehen, wie man sich eine solche Theilung denken soll. Theilung der Festungen in 38 Theile! der Flotte (!) in 38 Theile! des Archivs gar nicht zu gedenken.

Preußen geht in all' seinen Deductionen von dem Grundsatz aus, daß rechtlich wie factisch nicht der Bundestag, sondern die Summe der einzelnen Regierungen der Träger des Bundes gewesen sei, und daß derselbe (oder als vorläufiger Ersatz, ein Theil desselben) nur durch freie Vereinbarung hergestellt werden kann. Wie es mit dem Rechtspunkte der Souveränität der einzelnen Staaten beschaffen sei, können wir süglich hier unerörtert lassen; factisch ist sie nur bedingt anzuerkennen. Denn der deutsche Bund beruht nicht blos auf der Bundesacte, sondern auf der Natur der Verhältnisse; eine freie Ausübung der Souveränität können die kleinen Staaten schon darum nicht beanspruchen, weil sie factisch von allen Seiten gebunden sind; auch Preußen kann es nur bedingt, denn es ist gleichfalls an einem Theile seiner Glieder gefesselt. Eine ernstliche Auflösung des Bundes ohne Veränderung des Territorialbestandes der einzelnen Staaten, oder was dasselbe heißt, ohne daß man sich auf das Gebiet der Thatfachen begiebt, ist nicht ausführbar. Auf das Gebiet der Thatfachen scheint sich aber Preußen nicht begeben zu wollen.

Es bleibt also auch von dieser Seite nur die Vermuthung übrig, Preußen habe mit seinem Protest zunächst nur einen negativen Zweck; es wolle Oestreich in dem von ihm eingeschlagenen Wege so viel als möglich aufhalten. — Was erreicht es damit? — Schwerlich etwas für die Sache der Union, denn daß ein längeres Abwarten derselben nur schädlich sein könne, darüber könnte es die Erfahrung wohl schon belehrt haben.

Es bleibt aber doch ein vernünftiger Grund übrig. Kommt der Bundestag zu Stande, so ist es nach der bisherigen Erklärung von Oestreich und Sachsen möglich, daß der Friede mit Dänemark in der Weise ratificirt wird, daß der Bund sich verpflichtet, das Herzogthum Holstein zu pacificiren. — Daran theilzunehmen will Preußen unter allen Umständen vermeiden. — Es muß also die Hoffnung haben, daß wenigstens die Möglichkeit vorhanden ist, Holstein werde mit eigenen Kräften einen erfolgreichen Widerstand leisten; es muß also aus Gründen, die wir nicht kennen, zu dem Schluß berechtigt sein, eine russische Intervention werde nicht stattfinden.

Die preußische Regierung hat alle Ursache, ihre nächsten Schritte in sorgfältige Ueberlegung zu ziehen. Die Kammern müssen im November zusammentreten, und es zieht sich von dieser Seite ein Ungewitter gegen sie zusammen, das ernster ausfallen dürfte, als das Mißvergnügen ihrer kleindeutschen Verbündeten. Es ist

diesmal die conservative Partei, und zwar conservativ im strengsten Sinn, die specifisch preussische (nicht die verschrobene der Kreuzzeitung), die, im höchsten Grade angebracht über den wachsenden Uebermuth Oestreichs, das Ministerium nicht mehr versteht, die sich schon mehrfach die Frage vorgelegt hat: was macht es mit den 18 Millionen, die wir ihm bewilligt haben? Will es in der That Preussens Ehre damit vertreten, für die kein Preis zu hoch ist, oder hat es sich blos auf ein leichtsinniges, frevelhaftes Hazardspiel eingelassen, ohne zu wissen, wohin es damit kommen will?

Die Regierung wird auf diese Frage die Antwort nicht schuldig bleiben dürfen.

Aus Schleswig = Holstein.

Aus offenem Feldlager kommen diese Zeilen. Zwar ruhen im Wesentlichen augenblicklich die Waffen, und außer den Gefechten bei Sorgbrück und Duvenstatt, am 8. August, ward mir noch nicht viel Gelegenheit, die dänischen Linien zu schauen. Aber unablässige Aufmerksamkeit ist dennoch nöthig, denn in jeder Stunde kann es dem Feinde einfallen, uns anzugreifen. So vergeht selten eine Nacht, in der man nicht einige Mal vom Strohlager aufgerufen wird. Bald sind auf der Seite des Feindes einige Leuchtflugel gestiegen, die leicht als Signal von Bedeutung sein könnten; bald geht ein Flintenschuß los und versetzt die ganze Vorpostenlinie in Alarm. Oft kommt auch eine Patrouille zurück, die sich, von nächtlicher Dunkelheit beschützt, bis weit an die Stellungen des Feindes vorgewagt hat, und berichtet, was sie gesehen, bringt auch hie und da einen gefangenen Dänen mit, oder ein Individuum, das sie als des Spionirens verdächtig aufgegriffen hat. Und nun gar die Massen von Ordnonanzen und Adjutanten, die unaufhörlich sowohl zwischen unsern einzelnen Corps selbst, als zwischen diesen und dem Hauptquartier hin- und herzureiten haben. Kaum eine Stunde des Tages vergeht, wo nicht der Hufschlag eines Pferdes auf dem kleinen einsamen Bauernhofs, der das Glück hat, uns ein Quartier zu geben, ertönt. Es ist gut, daß solche Zwischenfälle die Zeit ausfüllen helfen, denn es gibt Stunden, die ganz verzweifelt langweilig sind. Der kleine schmale Landstrich Schlesiens von Rendsburg bis zur Sorge, kaum $1\frac{1}{4}$ Meilen breit, den allein wir leider noch besetzt halten, ist eine sehr öde, unfruchtbare Gegend. Es sind hier nicht die lieblichen Thäler, üppig bewaldeten Hügel, kleinen Seen oder tief in das Land einschneidenden Meeresbusen, die der Ostküste des Landes so großen Reiz geben, oder die fruchtbaren Marschen des Westens. Fast nichts wie Haide, große Torfmoore, die selten nur von einzelnen kleinen grünen Wiesen oder kümmerlichen Kornfeldern unterbrochen werden. Die berühmte Lüneburger Haide bietet keinen trostloseren Anblick dar, wie dieser mittlere Landrücken, auf dem wir unglücklicher Weise hausen müssen. Die Wege dazu sind so sandig, oder wenn es geregnet hat, mitunter so moorig, daß kaum mit den Pferden durchzukommen ist, und die vielen Koppel und Knicks, die überall die einzelnen Felder umgeben, erschweren das Reiten quersfeldein, was man im Kriege so oft gezwungenermaßen thun muß, daß man sich endlich ganz daran gewöhnt. Ueberhaupt was wird beim Kriegsführen doch so nutzlos verdorben! Hier z. B. ist eine